

# PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Charlottenburg-Wilmersdorf  
Otto-Suhr-Allee 100, 10707 Berlin  
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914  
Email: fraktion@gruene-cw.de  
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 22. Juni 2017

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

## **Logistik & Verkehr in Charlottenburg-Wilmersdorf**

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie sieht die das Bezirksamt den zunehmenden Lieferverkehr in Charlottenburg-Wilmersdorf und die damit einhergehende erhöhte Verkehrsbelastung und hält es die vorhandenen Ladezonen für ausreichend und deren Verfügbarkeit für ausreichend kontrolliert?
- 2.) Hält das Bezirksamt den Warentransport mit überwiegend mit dieselgetriebenen Fahrzeugen für zukunftsfähig und spricht das Bezirksamt im Austausch mit auf An- und Ablieferung angewiesene Unternehmen auf Alternativen hierzu an?
- 3.) Wie kann das Bezirksamt die Verteilung der Waren im Bezirk auf dem letzten Kilometer über Sammelstationen und von dort mit (E-)Lastenräder und/oder kleineren elektrisch angetriebenen Transportern – möglichst mit Strom aus Erneuerbaren Energien – fördern und kann das Bezirksamt sich vorstellen, hierfür ein Modellprojekt im Bezirk entwickeln?

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

## **Modellprojekt für neue Logistikformen in Charlottenburg-Wilmersdorf**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, in Charlottenburg-Wilmersdorf ein Modellprojekt anzustoßen oder entsprechende Betreiber für den Bezirk zu gewinnen, die die Waren auf den letzten Kilometer von einer Sammelstation mit (elektrisch unterstützten) Lastenrädern zu Kundinnen und Kunden transportieren.

Der BVV ist bis zum 31. Oktober 2017 zu berichten.

Begründung:

Die Deutsche Post transportiert Briefe und kleinere Päckchen mit (E-)Lastenrädern oder ähnlichen Fahrzeugen von Sammelstationen zu den Empfängerinnen und Empfängern. Dazu hat sie weitere entsprechende Modelle entwerfen lassen bzw. gekauft. In Hamburg läuft bereits ein entsprechendes Projekt. Dem sollte Berlin nicht nachstehen und Charlottenburg-Wilmersdorf bietet hierfür ein innerstädtisches Gebiet, wo dies erforscht und eingeführt werden kann. Dies bietet u.a. den Vorteil, dass weniger Lärm und Abgase erzeugt werden. Das kommt somit der Umwelt und der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu Gute.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler//Drews/Kouloubandi

### **Fischtreppe an der Charlottenburger Schleuse**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt die zügige Einrichtung einer Fischwanderhilfe/Fischtreppe an der Charlottenburger Schleuse zu verhandeln, um dort eine Durchgängigkeit der Spree für Fische zu ermöglichen.

Über das Ergebnis der Gespräche ist der BVV bis zum 1.10 2017 zu berichten.

Begründung

Ein zentrales Anliegen der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist es, die Durchgängigkeit der Flüsse für die in ihnen lebende Fauna herzustellen bzw. zu sichern. Die

Charlottenburger Schleuse stellt eine für Fische nicht überwindbare Sperre dar. Hier durch geeignete Maßnahmen Abhilfe zu schaffen, ist lange überfällig. In der Spree leben mehr als 20 Fischarten, darunter Arten, deren Bestand in Berlin – wie der Aal, der Hecht oder der Schlammpeizger – gefährdet ist. Zu ihrer Erhaltung, z.B. um die Erreichbarkeit von Laichgebieten zu sichern (beim Hecht etwa die flussabwärts erreichbaren Tiefwerder Wiesen), sind Wanderhilfen unerlässlich. Es ist Aufgabe des Wasser- und Schifffahrtsamtes als Betreiber, an der Charlottenburger Schleuse für die Einrichtung einer Fischtreppe Sorge zu tragen.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/ Drews

### **Wärmedämmung mit Naturstoffen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert,

1. zur Wärmedämmung bei öffentlichen Gebäuden künftig vorwiegend Naturstoffe wie Stroh, Holzspäne, Schafwolle, Hanf, Zellulose statt des bisher üblichen Styropor zu verwenden
2. sich beim Senat für eine Novellierung der Bauordnung einzusetzen, die einen Vorrang von Naturstoffen bei Wärmedämmungen vorsieht
3. im Bezirk bei der Bauberatung für die Verwendung von Naturstoffen bei der Wärmedämmung zu werben.

Der BVV ist bis zum 30.8.2017 zu berichten.

### **Begründung**

Die Verwendung von Polystyrol/Styropor zur Wärmedämmung gerät aufgrund negativer Umweltfolgen und gesundheitlicher Nachteile zunehmend in die Kritik.

Der Energieaufwand zur Herstellung ist mit zirka 1.000 kWh pro m<sup>3</sup> Fläche -gegenwärtig entsprechend ½ t CO<sub>2</sub> –hoch. Die Platten müssen nach Gebrauch als Sondermüll entsorgt

werden. Dabei werden verwendete Biozide gegen Algenbildung ausgewaschen und freigesetzt.

Auch aufgrund seiner Undurchlässigkeit ist Styropor für das Raumklima ungünstig.

Im Vergleich liegen die Vorteile der genannten Naturstoffe auf der Hand. Die Verwendung von Stroh und Holzspänen hat zudem den Vorteil, den regionalen Handel zu befördern und der Speicherung von CO<sub>2</sub> zu dienen.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/Drews

### **Stadtquartier in Charlottenburg/Wilmersdorf als Pilotprojekt für urbane Regenwasserbewirtschaftung**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, welche Stadtquartiere in Charlottenburg/Wilmersdorf dafür geeignet wären, als Pilotprojekt für eine gezielte urbane Regenwasserbewirtschaftung im Bereich der Mischwasserkanalisation zu fungieren. Sollten geeignete Quartiere gefunden werden, ist beim Senat gezielt für diese Quartiere zu werben.

Der Bezirksverordnetenversammlung ist bis zum 31.8.2017 zu berichten.

Begründung:

Nach einem Antrag im Abgeordnetenhaus (Drucksache 18/0212) soll die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung als wirksamer Teil der Klimaanpassung vorgebracht werden. Dazu werden Stadtquartiere gesucht, die für ein solches Pilotprojekt in Frage kämen. Charlottenburg/Wilmersdorf sollte eine Vorreiterrolle einnehmen und sich aktiv um den Status als Pilotprojekt bewerben!

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/ Kaas Elias

### **Arbeitsgemeinschaft Schulwegsicherheit**

Die BVV möge beschließen:

Das BA wird ersucht, eine Arbeitsgemeinschaft Schulwegsicherheit einzurichten, an der Elternvertreterinnen, Vertreterinnen von Schulen, Polizei und des BA teilnehmen, um die noch immer gefährliche Verkehrssituation vor unseren Schulen wirksam zu verbessern und damit die Sicherheit der Schulkinder auf ihrem Schulweg zu gewährleisten. Die AG legt dem Verkehrsausschuss und dem Schulausschuss einmal jährlich einen Tätigkeitsbericht vor.

Der Bezirksverordnetenversammlung ist bis zum 31.10.2017 zu berichten.

### **Begründung**

Das morgendliche Verkehrschaos vor unseren Schulen wurde noch immer nicht wirksam angegangen. Immer wieder wurden von verschiedenen Seiten (Schulen, Eltern, BA) Einzelmaßnahmen diskutiert, teilweise auch ergriffen, die jedoch nicht zu einer Verbesserung führten. Das morgendliche Verkehrschaos vor vielen unserer Schulen ist nach wie vor Realität und gefährdet Schulkinder. Ein Beschluss der BVV zu dem Thema ("Prüfauftrag Schulwegsicherheit", Drs 1536/4) blieb ohne erkennbare Folgen. Es ist jetzt eine Steuerungsgruppe einzusetzen, die auch Vertreterinnen von Schulen, Polizei und Elternschaft als (beratende) Mitglieder einbezieht, um der Gefährdung der Schulkinder endlich wirksam zu begegnen.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/ Kaas Elias

### **Unterbinden von verkehrgefährdendem Falschparken im Kreuzungsbereich**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, das illegale Parken im Bereich von Straßenkreuzungen und - einmündungen durch geeignete Vorkehrungen wirksam zu unterbinden. Hierzu sollen neben baulichen Gehwegvorstreckungen als schneller und kostengünstiger umsetzbare Maßnahme auch das Aufbringen von Sperrflächen einschließlich einer geeigneten Form der Absicherung zur Anwendung kommen.

Der BVV ist bis zum 31.8. 2017 zu berichten

Begründung:

Die Vorschrift zum Parkverbot innerhalb von 5 Metern vor und hinter Straßenkreuzungen und Einmündungen (§ 12 Abs. 3 Nr. 1 StVO) wird im Bezirk häufig missachtet. Dies führt alltäglich zur Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit z.B. infolge Sichtbehinderungen und erschwert erheblich die Möglichkeit der Fahrbahnquerung. Insbesondere Menschen mit Kinderwagen, Rollator, sowie im Rollstuhl, aber z.B. auch kleine Kinder, die den Bürgersteig mit dem Fahrrad benutzen dürfen, müssen dann beschwerliche Umwege in Kauf nehmen und/oder weitere Wegstrecken ungeschützt auf den Fahrbahnen zurücklegen. Allein durch das Vorgehen des Ordnungsamts gegen die Falschparker ist dem Problem erfahrungsgemäß praktisch nicht abzuhelpen. Deshalb bedarf es wirksamerer Maßnahmen zur Freihaltung der Kreuzungsbereiche von parkenden Fahrzeugen. Gleiches gilt auch für Querungsstellen im Straßenverlauf.

---

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dr. Vandrey/Wapler/ Gusy

### **Straßengastronomie auch bei schmalen Bürgersteigen ermöglichen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, ansässigen gastronomischen Betrieben dort, wo die verbleibende Breite des Bürgersteigs keine ausreichende Möglichkeit zur Aufstellung von Tischen und Sitzgelegenheiten für eine Außenbewirtung erlaubt, die Möglichkeit zur Nutzung von angrenzenden Flächen am Fahrbahnrand in angemessenem und standortverträglichen Umfang zu eröffnen.

Der BVV ist bis zum 31.8. 2017 zu berichten

## Begründung

Eine angemessene gastronomische Nutzung im öffentlichen Raum soll nicht zulasten der leichten Passierbarkeit des Bürgersteige auch mit Kinderwagen, Rollator, Einkaufstrolley, Kinderfahrrad oder im Rollstuhl - auch im Begegnungsfall - durchgesetzt werden. Damit aber nicht die Gastronomiebetreibenden bzw. ein wünschenswertes Maß von Bewirtung auch im öffentlichen Raum darunter leiden, sollte dem insbesondere in anderen Städten erfolgreichen Beispiel gefolgt werden, alternativ zu Flächen auf hierfür nicht ausreichend breiten Bürgersteigen Flächen am Fahrbahnrand, die bisher der ruhende Verkehr in Anspruch nimmt, für die gastronomische Nutzung in angemessenem Umfang mit verfügbar zu machen.

Beispiele aus der Gottschedstraße (insbes. Abschnitt westlich Käthe-Kollwitz-Straße) in Leipzig sind hier zu sehen:

<https://www.google.de/maps/@51.3415464,12.3664938,3a,75y,51.15h,60.3t/data=!3m6!1e1!3m4!1sAXmAPMUht5JDPXnJYGfg7w!2e0!7i13312!8i6656>

<https://www.google.de/maps/@51.3412182,12.3673204,3a,75y,258.55h,76.14t/data=!3m6!1e1!3m4!1sc4m7O8FuqynUBLlph0EeMA!2e0!7i13312!8i6656>

---

SPD-Fraktion/Bündnis90Die Grünen

Wuttig/Burth/Dr. Vadrey/Wapler/Kaas Elias

## **Radschnellweg entlang der Autobahn 100 über die Rudolf-Wissel-Brücke**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, in die Planungen zum Neubau des Autobahnkreuzes Charlottenburg, der Rudolf-Wissel-Brücke (RWB) und des Autobahndreiecks Funkturm die Integration eines Radschnellweges vom Kurfürstendamm bis zum Kurt-Schumacher-Damm bzw. zur Beusselstraße einzubringen.

Der BVV ist bis zum 31.10.2017 zu berichten.

Begründung:

Die Planung von kreuzungsfreien oder zumindest kreuzungsarmen Radschnellwegen ist im bestehenden Straßensystem in der Innenstadt kaum bzw. nur mit erheblichem Umgestaltungsaufwand zu realisieren. Deshalb macht es Sinn, die diversen Radschnellweg-Projekte aus den Außenbezirken am Stadtring zu verbinden.

Dazu bietet sich der ohnehin anstehende Neubau der Stadtautobahn A 100 zwischen Dreieck Funkturm und Dreieck Charlottenburg einschließlich der Rudolf-Wissel-Brücke (RWB) an.

Die Radwegtrassen beidseits entlang der A100 zwischen Jakob-Kaiser-Platz und der Beusselstraße sind bereits vorhanden, müssen als Radschnellwege aber ausgebaut (Nordseite) bzw. asphaltiert werden (Südseite).

Durch Lärmschutzwände u.a. ist zu gewährleisten, dass Radfahrer\*innen nicht gesundheitsgefährdenden Immissionen ausgesetzt wird.

---

Wuttig /Hoffmann, SPD Fraktion

Dr. Vandrey/Wapler/Drews/Kouloubandi, Bündnis 90 Die Grünen

Schenker /Juckel/ Gronde-Brunner, Fraktion die Linke

### **Musikschulunterricht für alle Kinder und Jugendlichen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten zu prüfen, welche zusätzlichen Möglichkeiten bestehen, Kindern und Jugendlichen von Geflüchteten und/oder einkommensschwachen Familien den Zugang zu den bezirklichen Musikschulen zu ermöglichen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2017 zu berichten.

Begründung:

Nicht allen Kindern ist die Möglichkeit gegeben an dem Unterricht der bezirklichen Musikschulen teilnehmen zu können. Gemeinsames Musizieren ist ein Baustein auf dem Weg zur Integration und sollte stärker gefördert werden.